

Arbeit ohne Einkommen

Anhörung. Abgeordnete des Landtags informieren sich über die dramatische Situation der Künstler.

■ Birgit Grimm

Wie sehr die Sachsen ihre Künstler verehren, sehe man auch im Landtag, der sich auf allen Etagen mit Kunst schmücke, konstatierte Kristine Schmidt-Köpf gestern vor dem Kulturausschuss. Aus ihrer Arbeit kennt sie allerdings auch die andere Seite der Medaille. Die Vorsitzende des Künstlerbundes Sachsen war als Sachverständige zu einer öffentlichen Anhörung geladen, deren Thema die alarmierende Situation der Maler, Grafiker, Bildhauer, Medien- und Performancekünstler in Sachsen war.

Kaum 500 Euro im Monat

62 Prozent der bildenden Künstler im Freistaat verdienen weniger als 500 Euro im Monat mit ihrer künstlerischen Arbeit. „Wer im Jahr weniger als 3900 Euro mit Kunst verdient, wird aus der Künstlersozialkasse ausgeschlossen“, sagte Anette Paul vom Vorstand des Bundesverbandes Bildender Künstler. „Wer auf Hartz IV angewiesen ist, dem kann passieren, dass man von

ihm verlangt, in eine Wohnung ohne Atelier zu ziehen. Das macht keinen Sinn, denn man nimmt ihm damit seine Arbeitsgrundlage.“

Viele Künstler haben kein regelmäßiges Einkommen, obwohl sie regelmäßig arbeiten. Ausstellungshonorare werden nicht gezahlt. Staatliche und kommunale Fördermittel sind geschrumpft – oder werden nicht genutzt, weil die dafür erforderlichen Anträge bürokratisch so vollkommen sind, dass kein denkender Mensch sie korrekt ausfüllen kann. Absurdestes Beispiel ist das Investitionsprogramm für Ganztagschulen. Geeignete Künstler könnten in der ästhetisch-kulturellen Ausbildung der Kinder eine wichtige Arbeit leisten. „Aber die Schulen strecken angesichts der Anträge die Waffen“, sagte Jürgen-Uwe Ohlau vom Sächsischen Kultursenat.

Karl-Heinz Gerstenberg, kulturpolitischer Sprecher und parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen im Landtag, sagte nach der Anhörung: „Wir müssen die Künstler stärken, damit die Tradition Sachsens nicht verloren geht. Vorschläge wie die Förderung von Ausstellungskatalogen sollten vorurteilsfrei geprüft werden.“ Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte einen Antrag zur Verbesserung der sozialen Situation bildender Künstler in Sachsen gestellt.